

Wahlprüfsteine des Bundesverbandes WindEnergie Landesverband Berlin Brandenburg

1. Die Brandenburgische Energiestrategie sieht vor, dass bis 2030 die installierte Leistung der Windenergie von derzeit 7.081 Megawatt (Stand 01.01.2019) auf 10.500 Megawatt ausgebaut werden soll. Stehen Sie hinter diesem Ziel? Falls nicht: Für welche Ziele zum Ausbau der Erneuerbaren Energien tritt Ihre Partei ein?

In der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg ist das Ziel formuliert, bis 2030 10.500 Megawatt Windkraftleistung im Land zu installieren. Daran halten wir fest. Die dezentrale Energieerzeugung auf Basis Erneuerbarer Energie schützt Klima und Natur, sichert und schafft Arbeitsplätze in Handwerk, Industrie und Forschung und ermöglicht die Demokratisierung der Energieversorgung, z. B. durch die Beteiligung von Bürger*innen bei der Erzeugung. Deshalb haben wir in Brandenburg bereits frühzeitig die Energiewende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angenommen und den Ausbau der Erneuerbaren Energien konsequent vorangetrieben.

2. In Deutschland wird die Einführung einer CO₂-Bepreisung intensiv diskutiert. Halten Sie die Einführung einer CO₂-Bepreisung für notwendig? Falls ja, für welches Konzept stehen Sie?

Als begleitende Maßnahme zu anderen Klimaschutzmaßnahmen halten wir eine CO₂-Bepreisung durchaus für denkbar. Allerdings muss diese mit einem Konzept der sozialen Absicherung einhergehen und sozial verträglich ausgestaltet sein. Brandenburgerinnen und Brandenburger mit kleineren und mittleren Einkommen dürfen am Ende nicht schlechter dastehen als bisher. Für Härtefallgruppen, wie z.B. Pendler, müssten Ausgleichsmaßnahmen geschaffen werden.

3. Das Land Brandenburg hat sich verpflichtet, zwei Prozent der Landesfläche dem Ausbau der Windenergie zur Verfügung zu stellen. Steht Ihre Partei zu dieser Vorgabe?

a. In der Praxis werden viele ausgewiesenen Windeignungsflächen beklagt und Windprojekte damit verhindert. Wie wollen Sie sicherstellen, dass es auch in Zukunft ausreichend Flächen für den geplanten Ausbau der Windenergie gibt?

DIE LINKE hat sich immer zum 2-Prozent-Flächenziel bekannt. Allerdings deutet im Prozess der Neuausweisung von Windeignungsgebieten und sich anschließender Klagen alles darauf hin, dass dieses Ziel nur schwer zu erreichen ist. Auch deshalb wollen wir prüfen, ob durch ein verändertes System der Flächenausweisung für Windenergieanlagen in der Regional- und Bauleitplanung (Ampelsystem) ein zeitnaher und rechtssicherer Ausbau der Windkraft gesichert werden kann. Wir setzen aber auch auf die Innovationskraft der Branche, die auf technischem Wege dazu beiträgt, das Ziel zu erreichen bis 2030 10.500 Megawatt an Windkraftleistung im Land Brandenburg zu installieren.

b. Unterstützt ihre Partei den weiteren Ausbau freistehender Solaranlagen und würden Sie sich dafür einsetzen, weitere Flächen in Brandenburg dafür freizugeben?

Wir wollen uns für die Abschaffung des sogenannten 52 Gigawatt PV-Deckels einsetzen. Aus unserer Sicht gehören Solaranlagen in erster Linie auf versiegelte Flächen und Sonderflächen, nicht auf Ackerland oder in den Wald.

4. Windprojekte scheitern häufig am Widerstand von Anwohnerinnen und Anwohnern. Was planen Sie als politischer Entscheidungsträger, um die Akzeptanz für Erneuerbare Energien-Projekte in Brandenburg zu steigern?

Damit die Energiewende von breiten Teilen der Bevölkerung des Landes Brandenburg weiterhin unterstützt wird müssen die Einwände, insbesondere der ländlichen Bevölkerung, ernst genommen werden. Denn zunehmend treten Akzeptanzprobleme auf. Die Akzeptanz gegenüber der Windenergie kann nur durch ein Zusammenspiel von mehreren Maßnahmen funktionieren. Dazu gehören für uns Transparenz- und Dialogbereitschaft der Projektierer, Information und Aufklärung der Bevölkerung seitens Landesbehörden und Windkraftbetreiber, die frühzeitige Einbeziehung der Menschen vor Ort in Planungs- und Genehmigungsprozesse und durch selbst verantwortete Bauleitplanung, finanzielle Teilhabe der Kommunen, aber auch der Bürger*innen vor Ort und weitere begleitende Maßnahmen wie z.B. das Abschalten der nächtlichen Befeuerung. Auch mit dem vom uns beschlossenen Windenergieanlagenabgabegesetz werden wir nicht alle zum Windkraftfan machen. Die jährliche Sonderabgabe in Höhe von 10.000 Euro pro neu zu errichtender Windkraftanlage soll auf die Standortgemeinde und die Umlandgemeinden in einem Radius von 3 Kilometern aufgeteilt werden. Auch wenn die Einführung dieser landesseitigen Sonderabgabe für den Windenergieanlagenbetreiber zu einer Erhöhung der Betriebskosten führt, gehen wir davon aus, dass diese zusätzliche Belastung relativ gering ist und sich bei den zukünftigen Ausschreibungsrunden der Bundesnetzagentur mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht negativ auf Brandenburg auswirken wird.

5. Die Braunkohle wird in den nächsten 20 Jahren weiterhin eine entscheidende Rolle als Energieversorger spielen. Darauf hat sich zuletzt die Kohlekommission verständigt.

a. Werden im Zuge der weiteren Braunkohleförderungen weitere Dörfer abgebagert?

Der sozialverträgliche Ausstieg aus der Braunkohleverstromung muss aus Klimaschutzgründen so schnell wie möglich kommen. Den Neuaufschluss von Tagebauen lehnen wir ab, für die Inanspruchnahme von Welzow-Süd Teilfeld II sehen wir keine energiewirtschaftliche Notwendigkeit mehr. Wir sind gegen die Abbaggerung von Proschim/Prožym.

b. Falls nein: Wie wollen Sie den Betrieb der Kraftwerke die nächsten zwanzig Jahre gewährleisten?

Es ist nicht unser politisches Ziel, den Betrieb der Braunkohlekraftwerke im Land Brandenburg bis 2039/2040 zu gewährleisten.

6. Mit dem Ausstieg aus der Braunkohle steht die Lausitz erneut vor einem Strukturwandel. Wie wollen Sie als Regierungspartei gewährleisten, dass den Menschen in der Lausitz eine Perspektive nach der Braunkohle geboten wird?

a. Welche Rolle spielen dabei die Erneuerbaren Energien?

Die Lausitz wollen wir als Energie- und Industrieregion erhalten. Der Ausbau von Infrastruktur, Forschung und Wissenschaft, Wirtschafts- und Innovationsförderung, die Stärkung der Zivilgesellschaft und andere weiche Standortfaktoren, wie beispielsweise die Kulturförderung und Willkommenskultur, sind für uns dabei wesentliche Bausteine und müssen landesseitig ausfinanziert werden. Die Einbeziehung gesellschaftlicher Akteur*innen aus der Region ist dabei dringend geboten. Die Maßnahmen aus dem Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Beschäftigung und Strukturwandel gilt es umzusetzen. Dazu muss auf Bundesebene das Strukturstärkungsgesetz so schnell wie möglich beschlossen und ein Staatsvertrag zwischen dem Bund und den von Braunkohleausstieg betroffenen Bundesländern auf den Weg gebracht werden. Das Strukturstärkungsgesetz ist für uns eine zentrale Voraussetzung, um in der vom Kohleausstieg betroffenen Lausitz nachhaltige Perspektiven für Wachstum

und Beschäftigung zu entwickeln. Des Weiteren muss der Bund den Kohleausstieg mittels Kohleausstiegsgesetz gesetzlich verankern.

Aber auch die Lausitzer Kommunen müssen viel stärker in den Prozess der Gestaltung des Strukturwandels einbezogen werden. Ihnen müssen Instrumente wie z.B. ein Regionalfonds und ein Fonds für die Zivilgesellschaft in die Hand gegeben werden. Im Bereich der Erneuerbaren Energien unterstützen wir die Ansiedlung eines sogenannten Reallabors zur Erforschung von Power-to-X-Technologien und die Ansiedlung von Unternehmen zur Produktion von Batterien in der Lausitz. Für eine erfolgreiche Energiewende brauchen wir neben der Steigerung der Energieeffizienz, der Senkung des Energieverbrauchs und dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien energetische Umwandlungsverfahren und Speicher in industriellen Maßstäben.

7. Schon heute arbeiten in Brandenburg knapp 9.000 Menschen direkt oder indirekt für die Windindustrie.

a. Was planen Sie, um den Erhalt dieser Arbeitsplätze sicherzustellen?

Wir sehen in der Energiewirtschaft auf der Basis Erneuerbarer Energien in der gesamten Breite ihrer Wertschöpfungskette weiterhin eine wichtige Zukunftsbranche und wollen diese weiterhin unterstützen.

b. Was planen Sie, um die Arbeitsplätze im Energiesektor weiter auszubauen?

Ein Ziel der Energiewende ist die signifikante Minderung der CO₂-Emissionen. Um diese Minderungsziele erreichen zu können, müssen zunehmend fossile Energieträger durch Erneuerbare Energien ersetzt werden. Bisher findet der direkte Einsatz von Strom in den Sektoren Verkehr, Wärme (Heizen und Warmwasser) und Industrie nur in wenigen Anwendungsfällen statt. Für die Mobilität auf der Straße, aber insbesondere auf dem Wasser und in der Luft sind derzeit noch wenige Alternativen zur Verbrennungstechnologie in Sicht. Unter Berücksichtigung des steigenden Anteils der Erneuerbaren Stromerzeugung liegt in der Erschließung neuer Stromanwendungen, der sogenannten Sektorkopplung nicht nur ein großes Reduktionspotenzial für CO₂, sondern auch weitere mögliche Betätigungsfelder im Energiesektor im gesamten Land Brandenburg. Da das Land Berlin vor ähnlichen Herausforderungen steht aber über andere räumliche Voraussetzungen verfügt, könnte Brandenburg eine besondere Rolle als Wärmelieferant der Hauptstadt einnehmen.

Vielfältige Technologien zur Sektorenkopplung, Energiewandlung und -speicherung sind bereits auch bei uns in Brandenburg erforscht und kleinteilig entwickelt, so z.B. in Prenzlau oder in Falkenhagen in der Prignitz. Allein die Rahmenbedingungen für einen industriellen und wirtschaftlichen Einsatz fehlen und die müssen auf Bundesebene geschaffen werden. Wir werden uns für den Wegfall von Steuern und Abgaben, die den Einsatz von Strom aus Erneuerbaren Energien unnötig verteuern einsetzen. Darüber hinaus muss Industrieunternehmen die Möglichkeit gegeben werden, direkt von Erneuerbaren Energieerzeugern zu beziehen.

8. Durch zunehmende Kosten für CO₂-Emissionen wächst in der Wirtschaft, sowohl bei mittelständischen Unternehmen wie auch in der Industrie, der Bedarf an günstigem, grünem Strom. Wie tragen Sie in Ihrer Energiestrategie dieser Entwicklung Rechnung?

Die Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg fügt sich bisher in den internationalen, europäischen und nationalen Rahmen ein. Für uns bleibt der Klimaschutz ein Leitmotiv bei der dringend notwendigen Fortschreibung der Energiestrategie.

Experten gehen davon aus, dass bis 2023 bis zu 14.000 Megawatt installierte Leistung wegfallen können, weil die alten Windkraftanlagen nach dem Auslaufen der EEG-Förderung nicht

mehr wirtschaftlich zu betreiben sind. Das Problem dabei ist, dass viele der Standorte der alten Windräder heute nicht mehr genehmigungsfähig sind, weil sich gesetzliche Regelungen verändert haben, etwa der erforderliche Abstand zur Wohnbebauung oder durch die Ausweisung von Überschwemmungsgebieten. Die vorgesehenen Ausbaukorridore für die Windkraft an Land sind ohnehin schmal, die Genehmigungen für neue Anlagen sind auch im Land Brandenburg stark rückläufig. Damit droht der Windenergie an Land ein Rückgang, ihr Beitrag zur Energiewende könnte schrumpfen. Dagegen muss mit entsprechenden Instrumenten und Maßnahmen gegengesteuert werden, nicht nur landesseitig sondern hauptsächlich auch auf der Bundesebene. Das Gelingen der Energiewende wird auch in Zukunft eine große Herausforderung bleiben, dem die Energiestrategie des Landes Brandenburg Rechnung tragen muss. Für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien braucht es einen gesellschaftlichen Konsens. Deshalb ist für uns zwingend, dass die Energiestrategie mit allen relevanten gesellschaftlichen Akteuren fortgeschrieben wird, insbesondere auch hinsichtlich der damit verbundenen Flächeninanspruchnahme für einen weiteren Windenergieausbau.

9. Ab 2020 fallen etliche Erzeugungsanlagen Erneuerbarer Energien aus der EEG-Förderung. Gibt es Pläne Ihrer Partei, um die Betreiberinnen und Betreiber dieser Anlagen dabei zu unterstützen, auch außerhalb des staatlichen Fördersystems weiter grünen Strom zu produzieren?

Wenn im kommenden Jahr die ersten Windräder aus der EEG-Förderung herausfallen, steht ein Paradigmenwechsel an. Vor allem alte und nach heutigen Maßstäben nicht besonders leistungsstarke Windkraftanlagen müssen subventionslos und ausschließlich über den Marktpreis für Strom weiter existieren. Wir plädieren für einen Weiterbetrieb alter Windenergieanlagen – aus Kosten- und Umweltgründen. Die Bestandsanlagen sind bezahlt, abgeschrieben und produzieren damit kostengünstigen Strom. Solange die Altanlagen technisch einwandfrei arbeiten, könnten sie als Teil neuer Verbundlösungen für neue Geschäftsmodelle genutzt werden, die Windparks zusammen mit Batteriespeichern so kombinieren, dass sie einen eigenen Fluktuationsausgleich betreiben und sich relativ unabhängig von Übertragungsnetzbetreibern und deren Leistungselektronik machen. Wir werden gemeinsam mit der Branche prüfen, inwieweit dabei die Politik bzw. das Land Brandenburg Unterstützung geben kann.

10. Angenommen, Sie tragen in den kommenden Jahren die alleinige Regierungsverantwortung: Wie sieht die Energieversorgung im Land Brandenburg im Jahr 2035 aus?

Wir wollen, dass Brandenburg seinen eigenen Strombedarf bis spätestens 2025 vollständig aus Erneuerbaren Energien deckt und bis 2030 rechnerisch zur 100%igen Deckung des Bedarfes der Region Berlin-Brandenburg aus Erneuerbaren Energien beiträgt. In den Mittelpunkt unserer Energiepolitik gehören deshalb weiterhin die Steigerung der Energieeffizienz, die Senkung des Energieverbrauchs der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien und akzeptanzschaffende Maßnahmen. Darüber hinaus brauchen wir energetische Umwandlungsverfahren und Langzeitspeicher. Auch die Klimaanpassung im Verkehrs- und Wohnungssektor, in der Land-, Forst und Wasserwirtschaft ist eine große Herausforderung, die angegangen werden muss.

11. Welchen Strom nutzt ihr Spitzenkandidat zu Hause – Strom aus Erneuerbaren Energien oder Strom aus Kohle und Kernenergie?

Unsere Spitzenkandidaten Kathrin Dannenberg und Sebastian Walter beziehen zu Hause Strom aus Erneuerbaren Energien.